



Diskussionspapiere
Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 88

**Armut im Wohlstand:
Betroffenheit und Folgen**

von
Peter Krause

Die in diesem Papier vertretenen Auffassungen liegen ausschließlich in der Verantwortung des Verfassers und nicht in der des Instituts.

Opinions expressed in this paper are those of the author and do not necessarily reflect views of the Institute.

Diskussionspapier Nr. 88

Armut im Wohlstand: Betroffenheit und Folgen

von
Peter Krause

*Überarbeitete Fassung eines Vortrages beim
Kongreß für Klinische Psychologie und Psychotherapie
"Ausgrenzen-Eingrenzen-Entgrenzen"
der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVt)
vom 20.-25. Februar 1994 in Berlin.*

Gliederung

1. Übersicht
 2. Datenbasis und Methoden
 - 2.1 Datenbasis
 - 2.2 Einkommen und Einkommensarmut
 3. Armutsverläufe in Westdeutschland seit 1984
 - 3.1 Betroffenheit von Armut, 1984-1990
 - 3.2 Dauer der Armut, 1984-1992
 - 3.3 Soziodemographie der Armut
 - 3.4 Armut im Haushaltskontext und Familienzyklus
 4. Armut im vereinigten Deutschland, 1990-1993
 - 4.1 Zur Entwicklung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland seit 1990
 - 4.2 Angleichung der Bewertungsmuster in Ostdeutschland
 - 4.3 Armut im vereinigten Deutschland
 5. Fazit
- Anhang 1: Berechnung von Äquivalenzeinkommen
 Anhang 2: Fortschreibung von Kaufkraftparitäten

Literaturverzeichnis

1. Übersicht

Steigende Arbeitslosenzahlen und eine deutliche Zunahme der Sozialhilfeempfänger haben zu Beginn der achtziger Jahre nicht nur in Westdeutschland Armut wieder in die sozialpolitische Diskussion gebracht. Nachdem nach Steigerung des allgemeinen Wohlstandsniveaus - von der auch untere Einkommensschichten profitierten - das Armutsproblem bereits als überwunden erachtet worden war¹ - wurde im Zuge der "Neuen Armut" das Armutsproblem auf politischer und wissenschaftlicher Ebene "neu entdeckt" und ist seitdem wieder fest in der sozialpolitischen Diskussion verankert.

Inzwischen gilt folgende, von der Europäischen Gemeinschaft sanktionierte relative Armutsdefinition als weitgehend anerkannt.

*"Verarmte Personen sind Einzelpersonen, Familien oder Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum anwendbar ist."*²

Armut wird demnach nicht mehr länger als ein, die physischen Existenzgrundlagen betreffendes, absolutes Phänomen betrachtet, das hauptsächlich noch in weniger entwickelten Staaten mit geringerem Volkseinkommen oder extrem ungleichen Einkommensverteilungen verbreitet ist. Armut indiziert nach dieser Definition ein sozio-kulturelles Existenzniveau, gemessen als relativen Abstand zu den im Land herrschenden Lebensbedingungen (Hauser/Hübinger, 1993).

Ausgelöst durch die wachsenden finanziellen Belastungen aufgrund der steigenden Zahl der Sozialhilfeempfänger sind in der Zwischenzeit eine Vielzahl von kommunalen und regionalen Armuts- und Sozialberichte entstanden³.

Die wissenschaftliche Armutsdiskussion war Anfang der achtziger Jahre zunächst durch eine Bestandsaufnahme in Lichte des relativen Armutskonzeptes geprägt. Im Vordergrund standen dabei zum einen die Erfassung der Sozialhilfebezieher (Hartmann, 1981) sowie zum anderen die Quantifizierung der relativen Einkommensarmut (Hauser et al, 1981).

Mitte der achtziger Jahre setzten vermehrt Diskussionen zur Funktionsfähigkeit des bestehenden sozialen Netzes ein (Leibfried/Tennstedt, 1985), die inzwischen zu Reformbestrebungen sowohl des bestehenden sozialen Sicherungssystems als auch der Armutsberichterstattung führten (Buhr/Ludwig/Leibfried, 1990 und 1992; Hauser/Hübinger, 1993; Wolff/Beck, 1993).

Seit Ende der achtziger Jahre ist eine weitere Intensivierung der wissenschaftlichen Diskussion zu beobachten, die zu einer wahren Publikationsflut geführt hat. Kernpunkte dieser Diskussion sind (wiederum) die Operationalisierung des Armutskonzeptes⁴, die sozialpolitische Bedeutung zeitlich variierender Armutsmuster sowie neuerdings die Abschätzung der Armut im vereinigten Deutschland.

2 Datenbasis und Methoden

2.1 Datenbasis

Datengrundlage der vorliegenden Untersuchung ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 in der Bundesrepublik jährlich durchgeführte, repräsentative Längsschnittuntersuchung (vgl. Projektgruppe Panel, 1993). Befragt werden alle Personen im Haushalt, die älter als 16 Jahre sind. Die Bezugsperson, die über die Belange des Haushalts am besten informiert ist, gibt darüber hinaus Auskunft zu Fragen, die den Haushalt als

1 Zur historischen Entwicklung der Armut und Armutspolitik in (West-)Deutschland seit dem 2. Weltkrieg, vgl. Hauser/Neumann, 1992; Buhr/Leisering/Ludwig/Zwick, 1990.

2 zitiert, nach: Die Europäische Gemeinschaft im Kampf gegen die Armut. In: Zeitschrift für Sozialreform, 9/1987, S. 620ff.

3 Habich/Noll (1993) zählen inzwischen über 140 kommunale und regionale Armuts- und Sozialberichte. Auf Länderebene sind z.B. in jüngster Zeit erschienen die Landessozialberichte Nordrhein-Westfalen über "Armut im Alter", "Alleinerziehende" und "Wohnungsnot", (1993); sowie der Sozialbericht "Armut in Hamburg", (1993) und "Armut in Mannheim" (im Erscheinen).

4 Eine neuere und gründliche Bestandsaufnahme der theoretischen Armutsdiskussion findet sich in Leibfried/Voges, (1992).

Ganzes betreffen. Haushaltsmitglieder, die den Haushalt verlassen und innerhalb der Bundesrepublik in einen anderen Haushalt gezogen sind oder einen neuen Haushalt gegründet haben, werden weiterverfolgt und zusammen mit allen neuen Haushaltsmitgliedern entsprechenden Alters ebenfalls befragt. Auf diese Weise konnten seit 1984 für ca. 12 000 Personen, die in 6000 Haushalten der alten Bundesländer lebten, jährliche Verlaufsinformationen gewonnen werden. Diese Erhebung wurde schon relativ früh auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt. Bereits im Juni 1990 - also noch vor Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 - konnten 4000 Personen in über 2000 Haushalten auf dem Wege einer Repräsentativerhebung nach westlichen Standards erstmals zu sozio-ökonomischen Themen direkt befragt werden. Gegenwärtig liegen für Ostdeutschland Daten aus drei Erhebungswellen (1990-1992) vor.

Das Stichprobendesign und Weiterverfolgungskonzept des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) bezieht sich in erster Linie auf die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik. Einige besonders von Armut betroffene Bevölkerungsgruppen werden dabei nur zum Teil oder gar nicht erfaßt. Dies gilt für die Anstaltsbevölkerung⁵, für Nichtbefragbare (psychisch Kranke, Sehbehinderte und Gehörlose, Analphabeten) sowie für Personen in ungewöhnlichen Arbeits-, Lebens- und Wohnsituationen (Wohnungen in Bürogebäuden, Baracken oder Wohnwagen; Obdachlose und Nichtseßhafte; besonders mobile Gruppen wie Schausteller, Binnenschiffer, Sinti und Roma). Diese Personengruppen bleiben bei den nachfolgenden Ausführungen weitgehend unberücksichtigt (Schnell, 1992).

Ebenfalls nicht enthalten sind ausländische Zuwanderer, die nach 1984 in das Bundesgebiet gekommen sind, da diese im allgemeinen nicht mit bestehenden Haushalten fusionieren und insofern nicht durch das Weiterverfolgungskonzept erfaßt werden.

2.2 Einkommen und Einkommensarmut

Grundlage der Armutsmessung ist das aktuelle monatliche Nettoeinkommen des Haushalts. Die Frage danach wird im Haushaltszusammenhang erhoben und von der Bezugsperson, die am besten über die Belange des Haushalts insgesamt informiert ist, beantwortet⁶. Typischerweise ergeben sich beim Vergleich der so erhobenen Einkommensangaben Abweichungen gegenüber der amtlichen Statistik. Die Struktur der Einkommensverteilung ist jedoch weitgehend identisch (Bedau, 1987). Um Bedarfsunterschiede und Kostenvorteile bei Haushalten unterschiedlicher Größe auszugleichen, werden diese Einkommensangaben weiter in sogenannte Äquivalenzeinkommen umgerechnet (vgl. Anhang 1).

Im allgemeinen werden bei der Berechnung der Armutsgrenzen unterschiedliche Schwellenwerte für unterschiedlich gravierende Armutslagen ausgewiesen (Hauser et al., 1981). Einkommen bis zu 40 % des Durchschnittseinkommens indizieren eine strenge Einkommensarmut, Einkommen bis zu 50 % des Durchschnittseinkommens stehen für eine mittlere Armutslage und 60 % des Durchschnittseinkommens markieren den Niedrigeinkommensbereich. Das Einkommen von Nichterwerbstätigenhaushalten mit überwiegendem Lebensunterhalt der Bezugsperson aus Sozialhilfe liegt in der amtlichen Statistik bei ca. 40 bis 45 Prozent der Durchschnittseinkommen⁷.

3 Armutsverläufe in Westdeutschland seit 1984

3.1 Betroffenheit von Armut, 1984 - 1990

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Westdeutschland sind rückblickend zwischen 1984 und 1990 im Bevölkerungsdurchschnitt nominal von 2886 DM auf 3626 DM

5 Die Anstaltsbevölkerung wird im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) nur über das Weiterverfolgungskonzept erfaßt; sie gehört nicht zur ursprünglichen Stichprobenpopulation.

6 Der Fragetext lautet: "Wenn man alles zusammennimmt: Wie hoch ist das monatliche Haushaltseinkommen *heute*? Bitte geben Sie den monatlichen Netto-Betrag an, also nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Regelmäßige Zahlungen wie Wohngeld, Kindergeld, BAföG, Unterhaltszahlungen usw. rechnen Sie bitte dazu! (Falls nicht genau bekannt: Bitte schätzen Sie den monatlichen Betrag.)"

7 Berechnet nach Wirtschaft und Statistik (1992), Heft 7, S. 441 ff.

angestiegen. Die korrespondierenden Äquivalenzeinkommen⁸ haben sich im selben Zeitraum von 1222 DM auf 1579 DM erhöht. Entsprechend sind auch die darauf basierenden Einkommensschwennenwerte zur Berechnung von Armutsquoten angewachsen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Einkommen und Armutsgrenze in Westdeutschland, 1984-1990 (in DM)

	Haushalts- einkommen ¹ (Mean)	Äquivalenz- einkommen ² (Mean)	Armutsgrenze: (50 %-Schwelle) (Mean)
1984	2 886	1 222	611
1985	2 967	1 246	623
1986	3 124	1 321	661
1987	3 219	1 370	685
1988	3 256	1 404	702
1989	3 355	1 467	733
1990	3 626	1 579	790

1 Nettoeinkommen der privaten Haushalte, laut Angaben der Auskunftsperson im Haushalt, ausgewiesen für die Gesamtheit aller Haushaltsmitglieder.

2 Gemäß BSHG-Regelung vor 1990.
Datenbasis: SOEP, 1984-1990.

Die Armutsraten blieben im Verlauf dieser Sieben-Jahresperiode - von einzelnen Schwankungen abgesehen - nahezu unverändert. Das mittlere Armutspotential - gemessen an der 50 %-Schwelle - liegt im langjährigen Durchschnitt bei etwa 10 %. Von strenger Einkommensarmut, bezogen auf die 40 %-Schwelle, sind etwa 5 % der Gesamtbevölkerung betroffen, im Niedrigeinkommensbereich bis zu 60 % der Durchschnittseinkommen liegen etwa 20 % der Bevölkerung⁹ (Tabelle 2)¹⁰. Ausländische Haushalte sind mehr als doppelt so stark wie deutsche Haushalte von Armut betroffen.

8 Zur Berechnungsweise vgl. Anhang 1. Hier liegen Äquivalenzgewichte auf der Basis der Regelsatzproportionen der bundesdeutschen Sozialhilfe-Regelung (BSHG) vor 1990 zugrunde.

9 Im Datenreport 1992 werden die gleichen Armutsquoten für den Zeitraum 1984 bis 1989 ausgewiesen. Die Anteilswerte weichen hier aufgrund einer leicht modifizierten Berechnungsweise geringfügig von den dort ausgewiesenen Werten ab.

10 In der Tabelle weisen alle Armutsraten im Zeitverlauf eine rückläufige Tendenz auf. Eine tatsächliche Reduzierung des Armutsumfangs kann allein aus diesen Zahlen jedoch noch nicht abgeleitet werden.

Tabelle 2: Betroffenheit von Armut in Westdeutschland, 1984-1990 (in %)

	"Strenge Armut" (40 %-Schwelle)		"Armut" (50 %-Schwelle)		"relative Armut" (60 %-Schwelle)
	Insgesamt	Insgesamt	Deutsche	Ausländer ¹⁾	Insgesamt
1984	5,2	12,6	11,8	25,0	21,0
1985	5,0	11,9	11,1	26,0	20,9
1986	5,0	11,9	11,0	27,1	20,1
1987	4,5	10,7	9,7	25,8	19,9
1988	5,3	11,0	10,4	20,8	20,4
1989	4,8	10,3	9,5	23,3	19,5
1990	3,9	10,3	9,1	27,3	18,4

1 Haushaltsmitglieder, deren Haushaltsvorstand 1984 die türkische, griechische, jugoslawische, spanische oder italienische Nationalität besaß, einschließlich der daraus hervorgegangenen Haushaltsabspaltungen.

Datenbasis: SOEP, 1984-1990.

3.2 Dauer der Armut, 1984 - 1992

Insgesamt waren im Verlauf von 9 Jahren seit 1984 etwa 30 % der westdeutschen Bevölkerung mindestens einmal von Armut betroffen¹¹; nahezu 70 % lebten in diesem Zeitraum in Haushalten ohne irgendwelche Armutsperioden (Tabelle 3). Von strenger Einkommensarmut war in diesem Zeitraum nahezu jeder fünfte Bürger mindestens einmal betroffen, von Phasen des Niedrigeinkommensbezugs sogar nahezu jeder zweite. Ausländische Haushalte unterliegen wiederum weitaus stärker der Armut im Zeitverlauf als deutsche Haushalte. So lebten sogar 60 % der ausländischen Bevölkerung mindestens einmal in Armut (gegenüber 30 % der bundesdeutschen Bevölkerung).

Mit zunehmender Armutsdauer nimmt der betroffene Bevölkerungsanteil immer weiter ab. Auffallend ist der vergleichsweise hohe Anteil der einmalig von Armut betroffenen Bevölkerung selbst bei strenger Einkommensarmut (9 %); Dieser liegt nur geringfügig unter dem entsprechenden Anteil bei weniger strengen Armuts Grenzen (50 %-Schwelle = 11,8 %; 60 %-Schwelle = 12,2 %). Die dauerhafte Betroffenheit von Armut variiert demgegenüber deutlich mit den zugrunde liegenden Armutsniveaus: dauerhaften Armutsperioden von acht und mehr Jahren unterliegen im Neun-Jahreszeitraum bei einer strengen Armuts Grenze 0,4 %, bei einer mittleren Armuts Grenze 2,4 % und bei der Abgrenzung eines Niedrigeinkommensbereichs 7,3 % der westdeutschen Bevölkerung. D.h., Perioden strenger Armut werden durchschnittlich schneller überwunden als Perioden mittlerer Armut und diese wiederum eher als Phasen unterhalb der Niedrigeinkommensschwelle.

Die meisten Armutsphasen sind somit eher kurzfristiger Natur. Dieser Befund ist bereits in zahlreichen anderen Studien auf der Basis von Sozialhilfeakten (Ludwig, 1992) und Paneldaten (Headey et al., 1989; Voges/Rohwer, 1991; Andreß, 1992) sowie auch in amerikanischen Studien (Bane/Ellwood, 1986) ermittelt worden.

11 Genau genommen handelt es sich hierbei um Armutsbetroffenheit, die nur einmal im Jahr zu einem bestimmten Stichmonat erhoben wird. Diese Berechnungsweise gibt so zwar nur unzureichend Auskunft über die Armutsentwicklung im Jahresverlauf; sie erlaubt aber eine exakte Anpassung an bestehende Haushaltsstrukturen, deren Veränderung bei herkömmlichen Jahresdurchschnittsberechnungen im allgemeinen vernachlässigt werden.

Tabelle 3: *Armuthäufigkeit in Westdeutschland, 1984-1992*

Armuthäufig- keit in Jahren	Armuts Grenzen				
	40 % Insg.	Insg.	50 % Deutsche	Ausländer ¹⁾	60 % Insg.
0	82,5	68,8	70,4	41,9	54,7
1	9,0	11,8	11,6	15,5	12,2
2	3,5	6,0	5,9	9,1	7,6
3	1,4	3,3	2,9	9,0	4,9
4	0,8	2,6	2,5	4,0	4,0
5	1,0	1,8	1,6	5,1	3,6
6	1,0	1,8	1,7	3,9	3,4
7	0,5	1,6	1,4	3,8	2,3
8	0,3	1,1	0,9	4,3	3,6
9	0,1	1,3	1,2	3,3	3,7

1 Haushaltsmitglieder, deren Haushaltsvorstand 1984 die türkische, griechische, jugoslawische, spanische oder italienische Nationalität besaß, einschließlich der daraus hervorgegangenen Haushaltsabspaltungen.
Datenbasis: SOEP, 1984-1992.

Tabelle 4: *Durchschnittseinkommen nach Armuthäufigkeit, Westdeutschland, 1984-1992*

Armuthäufig- keit in Jahren	Durchschnittseinkommen ¹⁾			
	Insg.	wenn arm	wenn nicht arm	
	1 712	707	1 777	100.0
0	1 955	-	1 955	114.2
1	1 438	716	1 528	89.3
2	1 232	705	1 383	80.8
3	1 082	726	1 261	73.7
4	958	728	1 141	66.6
5	907	703	1 162	67.9
6	864	726	1 140	66.6
7	766	652	1 166	68.1
8	705	648	1 164	68.0
9	630	630	-	-

1) mittelwertstandardisiert auf das Einkommen von 1992.
Datenbasis: SOEP, 1984-1992.

Tabelle 5: *Einkommensposition und Armutshäufigkeit, Westdeutschland, 1984-1992*

Einkommens- position (in % des Mean)	Armutshäufigkeit in Jahren, 1985-1991 (in %)			
	0	1	2-3	4-7
<u>1984</u>				
0-40 %	11.1	11.6	20.1	57.2
41-60 %	35.0	19.7	21.4	24.0
61-80 %	67.8	18.8	8.3	5.0
81-100 %	84.9	7.5	6.8	0.7
101-120 %	92.1	5.2	1.7	1.0
121-140 %	93.5	5.0	0.5	1.0
141-160 %	97.1	2.0	1.0	0.0
161 u.m. %	94.7	4.7	0.5	0.0
<u>1992</u>				
0-40 %	11.0	17.5	19.7	51.8
41-60 %	33.5	21.0	19.6	25.9
61-80 %	69.0	15.3	10.5	5.1
81-100 %	80.9	10.2	5.9	3.1
101-120 %	83.9	8.9	4.0	3.2
121-140 %	91.9	5.1	1.7	1.3
141-160 %	92.3	5.8	1.2	0.7
161 u.m. %	92.7	5.4	1.7	0.2

Datenbasis: SOEP, 1984-1992.

Dieses Ergebnis ist jedoch kein Anlaß zur gesellschaftspolitischen Entwarnung¹². Im Gegenteil: Alle Verlaufsstudien zeigen vielmehr, daß kumulativ über mehrere Jahre hinweg ein erheblicher Bevölkerungsanteil von Armut betroffen ist. Die Durchschnittseinkommen der im neunjährigen Verlauf von Armut betroffenen Bevölkerung liegt bei kurzen Armutsphasen in Zeiten ohne Armut im unteren Bereich des Bevölkerungsdurchschnitts. Ab vier- oder mehrmaligen Armutsperioden überschreiten die Durchschnittseinkommen auch in Zeiten ohne Armut nur mehr knapp die Einkommensgrenze zum Niedrigeinkommensbereich (vgl. Tabelle 4). Das Armutsrisiko bleibt somit keineswegs - wie von der Zwei-Drittel-These suggeriert - auf den unteren Einkommensbereich beschränkt, sondern reicht bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein¹³ (vgl. Tabelle 5). Einmal von Armut betroffene Personen weisen zudem hohe Risiken zu vermehrten oder dauerhaften Armutsperioden auf. Die Armutsrisiken variieren biographisch im Lebens-, Haushalts und Familienzyklus (Krause, 1992).

12 Dieser Befund hat zu einer sozialpolitischen Kontroverse geführt, bei der in diesem Zusammenhang vor einer Verharmlosung der Armutssituation gewarnt wird (Busch-Geertsema/Ruhrstrat, 1992; Leisering, 1993).

13 vgl. Headley et al., 1991.

3.3 Soziodemographie der Armut

Soziodemographische und regionale Differenzierungen offenbaren erhebliche Unterschiede der Armutsbetroffenheit innerhalb der Bevölkerung (Tabelle 18).

Eine Feminisierung der Armut ist nach den vorliegenden Ergebnissen in Westdeutschland zunächst nicht zu beobachten. Männer und Frauen weisen Mitte der 80er Jahre gleich hohe Armutsquoten auf. Allerdings besteht seit Ende der 80er Jahre eine tendenziell zunehmende Armutsbetroffenheit bei Frauen.

Die jüngste Altersgruppe lebt am häufigsten in einkommensarmen Haushalten. Im weiteren Altersverlauf nehmen die Armutsquoten kontinuierlich ab und steigen in der höchsten Altersgruppe wieder an. Dieses Armutsmuster ist seit Mitte der 80er Jahre nahezu unverändert. Lediglich die 46-60-Jährigen weisen neuerdings davon abweichend eher zunehmende Armutsquoten auf.

Ausländer sind, wie bereits erwähnt, weitaus stärker von Armut betroffen als Deutsche¹⁴.

Erwerbstätige leben erwartungsgemäß vergleichsweise selten in von Einkommensarmut betroffenen Haushalten. Arbeitslose sind hingegen sehr stark von Armut betroffen, wobei hier auch Schwankungen im langjährigen Verlauf zu beobachten sind: Mitte der 80er Jahre lebte zwischenzeitlich jeder dritte Arbeitslose in Armut, 1990 noch etwa jeder fünfte und 1992 ist wiederum eine Zunahme der Armutsquoten bei Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Armutsquoten von Personen in Ausbildung sind überdurchschnittlich mit leicht steigender Tendenz. Nichterwerbstätige haben durchschnittliche Armutsquoten.

Hinsichtlich der Bildungsabschlüsse ergeben sich die erwarteten Unterschiede: Personen (noch) ohne Hauptschulabschluß bzw. ohne abgeschlossene Lehre weisen hohe Armutsquoten auf. Personen mit abgeschlossener Lehre haben durchschnittliche Armutsquoten, die sich im Zeitverlauf seit 1984 eher verringern. Realschüler haben niedrigere Armutsquoten als Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife. Bei Hochschulabsolventen ist die Armutsquote mit Abstand am niedrigsten mit geringfügigen Schwankungen im Zeitverlauf.

In siedlungsstruktureller Hinsicht sind bemerkenswerte Verschiebungen zu beobachten. Mitte der 80er Jahre hatten Großstädte über 500.000 Einwohner einschließlich der dazugehörenden Randzonen die niedrigsten, ländliche und kleinstädtische Gemeinden hingegen die höchsten Armutsquoten. Auch 1992 sind die Armutsquoten im ländlich-kleinstädtischen Raum überdurchschnittlich hoch. Über die niedrigsten Armutsraten verfügen jetzt die großstädtischen Randzonen. Die größte Veränderung ist in den Randzonen der kleineren Großstädte unter 500.000 Einwohner zu beobachten: hier waren Mitte der 80er Jahre noch hohe Armutsquoten wie in den ländlichen Gebieten zu finden, 1992 sind hier die Armutsraten im regionalen Vergleich am niedrigsten.

Auch hinsichtlich des Familienstandes variieren die Armutsraten beträchtlich. Verheiratet zusammenlebende haben eher niedrige Armutsquoten, getrennt lebende hingegen relativ hohe. Ledige leben überdurchschnittlich in Armut, jedoch mit rückläufiger Tendenz. Geschieden weisen im Zeitverlauf hingegen eher steigende Armutsraten auf. Verwitwete sind am wenigsten von Einkommensarmut betroffen.

14 In der Tabelle sind zwei unterschiedliche Armutsquoten für Ausländer ausgewiesen: die erste ist definiert als die Zugehörigkeit des Haushaltsvorstandes zu einer der folgenden fünf Ausländergruppen - Türken, Griechen, Jugoslawen, Italiener, Spanier - im Ausgangsjahr 1984 und bezieht sich auf alle Haushaltsmitglieder (einschließlich deutscher Staatsangehöriger, die in diesen Haushalten leben). Die zweite umfaßt alle nichtdeutschen Nationalitäten, bezieht sich aber auf die individuellen Angaben der Befragungspersonen (ohne Kinder unter 16 Jahre).

Tabelle 6: Betroffenheit von Armut in Westdeutschland nach sozialstrukturellen Merkmalen (in %)

	1984	1986	1988	1990	1992
Insgesamt	12,6	11,9	11,0	10,3	9,9
Geschlecht					
Männer	12,3	11,9	10,6	9,5	8,7
Frauen	12,6	11,9	11,3	11,0	10,9
Nationalität des HH ¹⁾					
Deutscher HHV	11,8	11,0	10,4	9,1	8,9
Ausländ. HHV	25,0	27,1	20,8	27,3	24,5
Nationalität der Person					
Deutsch	10,3	9,2	9,0	8,0	8,1
andere	18,6	20,7	14,8	21,2	19,6
Erwerbsstatus					
Erwerbstätig ²⁾	8,0	6,9	6,9	6,3	6,0
Arbeitslos	29,9	37,2	27,4	19,7	26,5
In Ausbildung	16,9	15,2	17,3	18,0	18,4
Nicht erwerbstätig	12,4	10,5	10,0	10,6	10,5
Bildung					
Hauptschule ³⁾	17,0	16,4	15,5	15,9	17,0
Hauptschule m. Lehre	11,0	8,9	9,2	8,0	8,1
Realschule	6,0	7,0	6,2	5,7	5,5
Abitur ⁴⁾	8,8	8,9	5,5	5,4	6,3
(Fach)Hochschule	1,4	1,7	2,3	3,1	1,1
Boustedt-Region ⁵⁾					
KS, über 500.000 Ew.	7,8	9,2	8,9	10,1	8,1
RZ, über 500.000 Ew.	9,1	9,0	7,1	4,5	6,2
KS, 100.-500.000 Ew.	13,1	9,0	5,7	7,2	8,5
RZ, 100.-500.000 Ew.	17,6	11,4	8,6	9,0	5,3
20.-100.000 Ew. ⁶⁾	16,5	15,3	13,7	13,5	12,8
5.-20.000 Ew.	15,4	14,0	13,3	13,1	14,2
unter 5.000 Ew.	18,4	18,5	20,3	14,6	12,0
Alter					
0-15 Jahre	19,8	20,5	18,1	15,7	14,2
16-30 Jahre	13,9	13,4	12,4	11,6	10,6
31-45 Jahre	11,7	12,1	11,2	9,5	7,8
46-60 Jahre	9,2	8,9	7,9	8,6	9,4
61-75 Jahre	7,6	5,1	5,6	6,6	6,6
76 u.m. Jahre.	12,8	8,8	10,0	7,9	11,2
Familienstand ⁷⁾					
verh., zus.	10,1	9,9	8,9	7,9	8,0
verh. getr.	16,6	12,0	12,4	11,6	14,3
ledig	13,5	11,3	11,3	10,9	11,0
geschieden	10,5	8,7	10,8	11,3	12,5
verwitwet	8,8	7,0	6,5	7,8	6,4

1) Nationalität nach Stichprobenzugehörigkeit, d.h. Ausländischer HHV = Haushaltsvorstand war im Jahr 1984 griechischer, türkischer, italienischer, spanischer oder jugoslawischer Staatsangehöriger. - 2) Einschließlich teilzeit- oder gringfügig Beschäftigte. - 3) Einschließlich (noch) ohne Schulabschluß. - 4) Einschließlich Fachhochschulreife. - 5) KS = Kernstadtbereich; RZ = städtische Randzone. - 6) Einschließlich RZ bei Städten von 50.-100.000 Einwohnern. - 7) Bei Ausländern ohne Berücksichtigung von im Heimatland lebender Ehefrau.

Datenbasis: SOEP, 1984-1992.

3.4 *Armut im Haushaltskontext und Familienzyklus*

Mit zunehmender Haushaltsgröße steigen die Armutsquoten an. Zweipersonenhaushalte haben davon abweichend etwas geringere Armutsquoten als Einpersonenhaushalte. Im Zeitverlauf haben sich die Armutsraten in Vierpersonenhaushalten, die 1984 noch überdurchschnittlich hoch waren, deutlich verringert. Überdurchschnittliche Armutsraten sind 1992 erst bei Haushaltsgrößen mit mindestens fünf Personen zu finden (vgl. Tabelle 7).

Haushalte mit einem Haushaltsvorstand im Alter von über 65 Jahren sind weniger von Armut betroffen als jüngere Haushalte.

Unter den im Haushalt lebenden Personengruppen haben Haushaltsvorstände und deren (Ehe-)Partner die niedrigsten Armutsraten. Kinder wachsen überproportional häufig in Armut auf. Differenziert nach Altersgruppen ist die Einkommensarmut bei 7 bis 18-jährigen Kindern am größten. Alle weiteren Haushaltsmitglieder unter 65 Jahre sind ebenfalls in eher überdurchschnittlich von Armut betroffenen Haushalten zu finden. Über die weiteren Haushaltsmitglieder in höherem Alter - im allgemeinen sind dies Eltern oder Elternteile des Haushaltsvorstandes oder dessen Partner - können aufgrund der geringen Fallzahl keine zuverlässigen Angaben gemacht werden, die Zahlen deuten hier aber auf eine deutlich überproportionale Armutsbetroffenheit hin.

Aus biographischer Perspektive werden im Verlauf des Lebens- und Familienzyklus eine Vielzahl von wechselnden Haushaltszusammensetzungen durchlaufen. Jede dieser Haushaltskonstellationen ist mit unterschiedlichen Armutsrisiken verbunden. In Einpersonenhaushalten sind eher unterdurchschnittliche Armutsraten zu verzeichnen. Bemerkenswert ist hierbei der Rückgang des Armutsanteils in der jüngsten Altersgruppe bis 45 Jahre. Partnerhaushalte ohne Kinder haben mit Abstand die niedrigsten Armutsraten - in der jüngsten Altersgruppe bis 45 Jahre (Alter des Haushaltsvorstandes) sogar weniger als 2 %. Familienhaushalte sind überdurchschnittlich von Armut betroffen mit allerdings sinkender Tendenz. Vor allem Familien mit zwei und auch mit drei und mehr Kindern weisen seit Mitte der 80er Jahre deutlich rückläufige Armutsquoten auf. Demgegenüber sind in der nachfamiliären Phase mit noch im elterlichen Haushalt lebenden Kindern über 18 Jahren inzwischen steigende Armutsraten, ausgehend von einem unterdurchschnittlichen Niveau, zu beobachten. Die Armutsquoten von Einelternhaushalten sind hingegen noch unverändert hoch - nahezu ein Drittel aller Alleinerziehenden leben mit ihren Kindern in Armut. In der nachfamiliären Phasen geht auch bei den Alleinerziehenden die Armutsbetroffenheit zurück. Sonstige Mehrpersonenhaushalte ohne Familie oder Partnerschaft weisen überdurchschnittliche Armutsraten auf.

Tabelle 7: Betroffenheit von Armut in Westdeutschland im Haushaltskontext (in %)

	1984	1986	1988	1990	1992
Haushaltsgröße					
1 Person	8,2	5,3	6,0	6,4	7,3
2 Personen	7,0	5,6	5,7	6,0	6,8
3 Personen	6,7	10,6	9,1	8,5	8,2
4 Personen	14,2	13,8	12,4	10,9	8,7
5 u.m. Personen	31,6	28,0	27,0	23,9	22,5
Alter des HHV					
16-45 Jahre	13,7	14,6	13,5	11,7	10,0
46-65 Jahre	12,7	11,0	10,0	10,0	11,1
66 u.m. Jahre	8,9	6,4	6,7	7,2	7,2
Haushaltsmitglieder¹⁾					
HHV/PAR, männl.	9,8	8,6	8,5	7,0	7,0
HHV/PAR, weibl.	9,8	9,8	8,7	9,1	9,1
KIN, 0-2 Jahre	14,1	15,1	15,9	12,5	10,2
KIN, 3-6 Jahre	15,3	14,9	12,7	12,1	12,1
KIN, 7-13 Jahre	22,7	23,2	19,4	17,9	16,4
KIN, 14-18 Jahre	22,4	24,2	23,8	23,0	19,0
KIN, 19 u.m. Jahre	13,6	11,4	10,3	11,3	9,6
WHM, bis 65 Jahre	12,0	15,3	19,6	17,1	12,8
WHM, 66 u.m. Jahre	(32,5)	(19,9)	(28,5)	(13,6)	(48,1)
Haushaltszyklus²⁾					
EP-HH	8,2	5,1	5,9	6,4	7,3
- bis 45 Jahre	10,7	9,4	8,6	5,1	6,5
- 46-65 Jahre	6,8	2,4	5,2	8,1	7,8
- über 65 Jahre	6,8	3,1	4,3	6,6	7,7
PAR-HH	4,8	4,4	4,3	3,5	4,1
- bis 45 Jahre	3,5	2,9	3,0	3,5	1,8
- 46-65 Jahre	3,2	3,6	3,3	3,0	4,1
- über 65 Jahre	7,7	6,6	6,3	4,0	6,1
FAM-HH	17,7	17,9	15,8	14,2	12,2
- 1 Kind	11,3	11,9	9,4	9,6	9,5
- 2 Kinder	16,8	17,9	17,1	13,0	8,6
- 3 u.m. Kinder	38,7	32,9	30,2	25,1	23,5
EE-HH	31,6	34,7	32,3	34,3	32,8
NFAM-HH	6,1	4,5	6,9	8,5	9,6
NEE-HH	12,5	10,3	8,1	13,6	8,8
MP-HH	14,3	12,8	16,8	12,2	13,6

1 HHV = Haushaltsvorstand; PAR = (Ehe-)Partner; KIN = Kinder, einschließlich Adoptiv- und Pflegekinder; WHM = weitere Haushaltsmitglieder.

2 EP-HH = Einpersonenhaushalt; PAR-HH = Partnerhaushalt (Lebens- oder Ehepartner); FAM-HH = Familienhaushalt, mit Kind(ern) unter 18 Jahren; EE-HH Einelternhaushalt, mit Kind(ern) unter 18 Jahren; NFAM-HH = Nach-Familienhaushalt, jüngstes Kind 18 u.m. Jahre; NEE-HH = Nach-Einelternhaushalt, jüngstes Kind 18 u.m. Jahre; MP-HH Mehrpersonen-Haushalt.

() aufgrund geringer Besetzungszahlen nur bedingt aussagekräftig.

Datenbasis: SOEP, 1990-1992.

4 Armut im vereinigten Deutschland, 1990-1993

Nach der einleitend referierten Definition der Europäischen Gemeinschaft ist die Armutssituation in jedem Land für sich genommen getrennt zu bewerten. Diese Definition hebt darauf ab, daß der relative Abstand der eigenen Lebensbedingungen vom durchschnittlichen Wohlstandsniveau des Landes, in dem man lebt, maßgeblich für die Bestimmung der Armut ist. So können Haushalte, die in einem Land mit hohem Lebensstandard leben, als arm gezählt werden, obwohl sie über mehr Einkommen verfügen als ein anderer Haushalt in einem Mitgliedsland mit geringerem Wohlstandsniveau, der nicht als arm gilt. Mit anderen Worten: Armut ist relativ bezogen auf das Wohlstandsniveau des Landes, in dem man lebt¹⁵. Diese auf den ersten Blick widersprüchliche und viel diskutierte Implikation ist jedoch gut begründet. Relative Armut geht davon aus, daß feste Referenzniveaus des Wohlstandes bestehen, die für alle Bewohner eines Landes als Orientierung dienen.

Diese Voraussetzung eines einheitlichen Referenzniveaus des Wohlstandes ist nach der Vereinigung Deutschlands jedoch nicht sofort in vollem Umfang für Ost und West gegeben: Das Wohlstandsniveau lag in der ehemaligen DDR 1990 - dem Ausgangsjahr unserer Untersuchung - noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Trotz Steigerung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, an dem alle Einkommensschichten beteiligt waren¹⁶, bestehen 1992 noch immer deutliche Wohlstandsunterschiede gegenüber Westdeutschland. Auch wenn die volle Orientierung am westlichen Wohlstandsstandard sicherlich noch vor der Realisierung gleicher Wohlstandsbedingungen erreicht sein wird, passen sich auch die Orientierungen nur schrittweise an die neuen Gegebenheiten an.

4.1 Zur Entwicklung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland seit 1990

Die Angleichung der Lebensbedingungen nimmt naturgemäß in Ost- und Westdeutschland einen unterschiedlichen Verlauf. Zu verschiedenen waren die politischen Systeme und zu unterschiedlich die Wohlfahrtsversorgung, deren Auswirkungen bis weit in die individuelle und haushaltsspezifisch-familiäre Lebensgestaltung hineinreichen.

In Ostdeutschland waren aufgrund der gewaltigen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der sozialen Absicherung in erheblichem Maße individuelle Anpassungsprozesse erforderlich, die über die rein materiellen Aspekte der Wohlstandsentwicklung hinausreichen. In Westdeutschland sind nach einer Phase konjunkturellen Aufschwungs Rezessionstendenzen bemerkbar, deren negative Auswirkungen auf die ostdeutsche Wohlstandsentwicklung allerdings durch umfangreiche Transferzahlungen abgeschwächt werden.

Die Einkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland sind seit der Vereinigung kontinuierlich gestiegen (vgl. Tabelle 8). Die auf deutlich höherem Niveau gelegenen Einkommen in Westdeutschland haben im selben Zeitraum nur geringfügig zugekommen. Der nominale Einkommensabstand zwischen Ost und West hat sich so - nach eigenen Angaben der Befragten¹⁷ - zwischen 1990 und 1993 von 46 % auf 69 % verringert.

Berücksichtigt man weiter den höheren Preisanstieg in Ostdeutschland und die damit verbundene Verringerung der Kaufkraftunterschiede zwischen West und Ost, so ergibt sich real eine kontinuierliche Verringerung der Einkommensabstände der privaten Haushalte zwischen Ost und West von 66 % im Jahr 1990 auf 78 % im Jahr 1993 (vgl. Tabelle 8).

¹⁵ Bei dieser Definition wird explizit auf die nationale Identität als Referenzmaßstab verwiesen. Orientierungen an kleinräumigeren Referenzregionen (z.B. strukturschwache ländliche Gebiete; urbane Wachstumsregionen) werden hier dem nationalen Maßstab nachgeordnet.

¹⁶ Die Einkommensungleichheit, gemessen am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, hat sich in Ostdeutschland entgegen mancherlei Befürchtungen zwischen 1990 und 1992 nicht oder nur marginal erhöht (Headey et al., 1993).

¹⁷ Datenbasis ist das sozio-ökonomische Panel. Die Befragung findet immer im Frühjahr eines jeden Jahres statt.

Tabelle 8: *Verfügbare bedarfsgewichtete¹⁾ Durchschnittseinkommen der privaten Haushalte²⁾ zu jeweiligen Preisen*

	1990	1991	1992	1993	1990-1993
<u>Einkommen und Einkommensabstand (nominal)</u>					
West(DM)	1580	1632	1715	1805	+14.2 %
Ost (DM)	727	872	1066	1250	+71.9 %
Ost/West (in %)	46.0	53.4	62.2	69.3	-
<u>Preisindizes (1991=100)³⁾</u>					
West	96.0	98.7	103.1	107.5	+12.0 %
Ost	84.6	96.9	110.5	120.4	+42.3 %
<u>Kaufkraftunterschiede (1. Quartal 1991=130.5)⁴⁾</u>					
Ost/West	143.3	128.6	117.8	112.7	-
<u>Einkommensabstand (real)</u>					
Ost/West (in %)	65.9	68.2	73.2	78.0	-

- 1) Bedarfsgewichte sind abgeleitet aus der aktualisierten Fassung des Bundessozialhilfegesetzes vom Juli 1990.
- 2) Die Angaben beziehen sich auf die Personengesamtheit im Haushalt.
- 3) Bezogen auf eine jeweils dreimonatige Interviewperiode im Frühjahr des jeweiligen Jahres.
- 4) Die Berechnung der Kaufkraftparitäten erfolgt auf der Grundlage der ermittelten Kaufkraftunterschiede im 1. Quartal 1991 (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 29), 1991: Arbeitnehmerhaushalte=129, Rentnerhaushalte=137). Aus diesen Werten wurde bei Berücksichtigung der demographischen Verteilung ein durchschnittlicher Gesamtindex von 130.5 geschätzt (West=100). Die ausgewiesenen Kaufkraftunterschiede für die Erhebungsperiode des SOEP ergeben sich durch Fortschreibung dieses Schätzwertes mittels unterschiedlicher Preissteigerungsraten in Ost- und Westdeutschland bezogen auf den Jahresdurchschnitt 1991 (vgl. Anhang 2).

Datenbasis: SOEP, 1990-1993.

Tabelle 9: *Zufriedenheitsindikatoren¹⁾ zur subjektiven Bewertung der Lebensumstände (Mittelwerte)*

	1990	1991	1992	1993
Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen				
West	6.7	6.9	6.7	6.6
Ost	5.5	4.8	4.9	5.3
Zufriedenheit mit dem Lebensstandard				
West	-	7.3	7.1	7.3
Ost	6.3	5.9	5.7	6.2
Zufriedenheit mit dem Leben allgemein				
West	7.3	7.4	7.2	7.2
Ost	6.6	6.1	6.1	6.2
Zufriedenheit mit dem Leben in 5 Jahren				
West	-	7.2	7.0	6.9
Ost	7.4	7.2	6.9	6.7

1) Alle individuellen Zufriedenheitsangaben werden gemessen auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden)

Datenbasis: SOEP, 1990-1993 (jeweils aktueller Gebietsstand).

Demgegenüber zeigen subjektive Indikatoren meist diskontinuierliche Verläufe (vgl. Tabelle 9). Zum Zeitpunkt der Vereinigung wurden die verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland erwartungsgemäß bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen niedriger bewertet als in Westdeutschland. In Westdeutschland bleiben die durchschnittlichen Angaben zur Einkommenszufriedenheit bis 1992 konstant. In Ostdeutschland sinken die durchschnittlichen Einkommensbewertungen in den ersten beiden Jahren nach der Vereinigung in eklatanter Weise und erhöhen sich im Jahr 1993 wieder sprunghaft auf das Ausgangsniveau von 1990. Dieser Einbruch der Einkommensbewertung, der ja in Kontrast zur tatsächlichen Einkommensentwicklung steht, indiziert die durch die Veränderungen der Lebensbedingungen erforderliche Neuorientierung und die dadurch ausgelöste Verunsicherung. Die ebenso eklatante Erhöhung der Einkommenszufriedenheit im Jahr 1993 auf das Ausgangsniveau von 1990 kann als Tendenz zur Konsolidierung und Adaption an neue Lebensumstände gewertet werden. Der wahrgenommene Wohlstandsabstand zwischen West und Ost ist im Mittel jedoch nach wie vor groß.

Der für Ostdeutschland typische U-förmige Verlauf zwischen 1990 und 1993 zeigt sich auch bei der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard. Die eher globale Bewertung der materiellen Lebensumstände fällt in Ostdeutschland beträchtlich höher aus als die Beurteilung der eigentlichen Einkommen; auch sie liegt jedoch noch deutlich unter Westniveau. Auch bei der Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit - der globalen Bilanzierung aller Lebensumstände - ist der gleiche U-förmige Verlauf zwischen 1990 und 1993 in Ostdeutschland zu beobachten: das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau sinkt nach der Vereinigung und steigt 1993 wieder tendenziell an. Die mittlere Zufriedenheitsbewertung liegt auch hier noch deutlich unter Westniveau.

Demgegenüber ergeben sich bei der Frage nach der individuellen Zukunftserwartung, der Lebenszufriedenheit in fünf Jahren, kaum Unterschiede zwischen Ost und West: die Zukunft wird inzwischen im Bevölkerungsdurchschnitt in nahezu gleicher Weise weitaus pessimistischer

bewertet als noch zum Zeitpunkt der Vereinigung, unabhängig von der unterschiedlichen Wohlbstandsbewertung in Ost und West.

4.2 *Angleichung der Bewertungsmuster in Ostdeutschland*

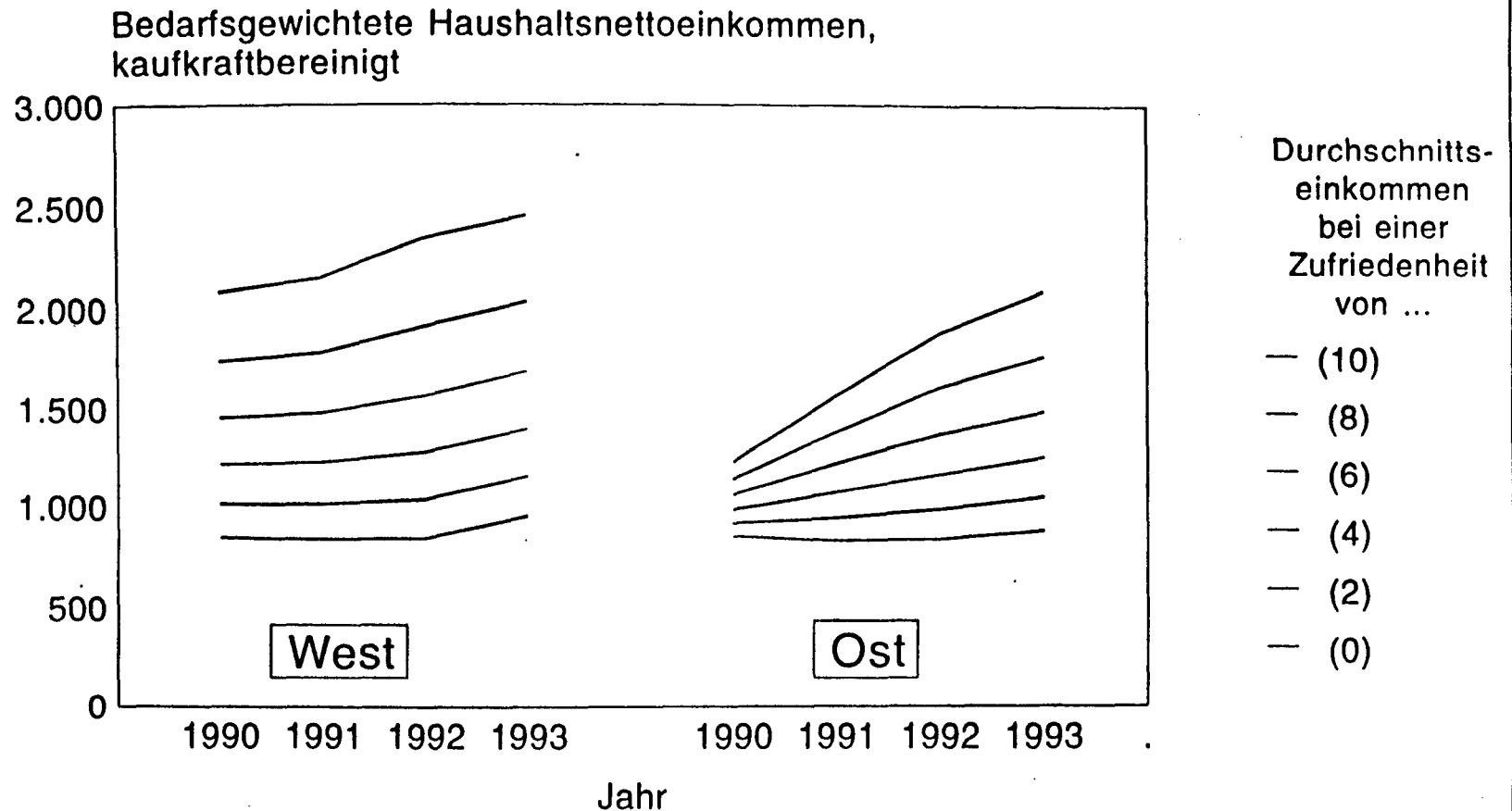
Wie sich die Bewertungsmaßstäbe in Ostdeutschland seit der Vereinigung schrittweise an das westdeutsche Niveau anpassen, geht aus Schaubild 1 hervor. Hier sind im langjährigen Verlauf jeweils sechs Einkommenslinien abgetragen, die jeweils unterschiedliche Einkommensbewertungen repräsentieren: die unterste Einkommenslinie steht für eine Einkommenszufriedenheit von 0 (= ganz und gar unzufrieden), die oberste Einkommenslinie repräsentiert eine Einkommenszufriedenheit von 10 (= ganz und gar zufrieden). Die untersten drei Linien zusammengekommen (Einkommenszufriedenheit zwischen 0 und 4) indizieren unzureichende Einkommensniveaus.

Die westdeutschen Bewertungsmuster sind im unteren Einkommensbereich weitgehend stabil, im mittleren und höheren Einkommensbereich ist in der Beobachtungsperiode eine Zunahme der Einkommenserwartung zu verzeichnen.

Deutlich zeigt sich im rechten Teil der Grafik, wie sich die Einkommensbewertung in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1993 schrittweise zum westdeutschen Niveau hin öffnet. Werden die Osteinkommen noch um Kaufkraftunterschiede bereinigt, die ja implizit bei der Bewertung der verfügbaren Einkommen eingehen (unterer Teil des Schaubildes), so zeigt sich, daß im Jahr 1993 bei den als unzureichend beurteilten Einkommensverhältnissen in Ost und West inzwischen dasselbe Niedrigeinkommensniveau zugrunde liegt. Unterschiede im Bewertungsmaßstab zwischen Ost und West bestehen jedoch weiterhin bei den mittleren und vor allem bei den höheren Einkommen. Die Angleichung des Bewertungsmaßstabes zur Beurteilung von Einkommen erfolgt somit nicht für alle Einkommensschichten gleichzeitig, sondern nach sozialer Dringlichkeit: im Niedrigeinkommensbereich werden die Bewertungsmaßstäbe zuerst angepaßt, im mittleren und höheren Einkommensbereich sind gegenwärtig die Einkommenserwartungen im Westen noch höher als im Osten.

Schaubild 1

Einkommensbewertung von 1990 bis 1993



Einkommenszufriedenheit: 0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden.
Quelle: SOEP 1990-1993.

4.3 Armut im vereinigten Deutschland

Die schrittweise Angleichung der Lebensbedingungen ist auch bei der Berechnung von Einkommensarmut zu berücksichtigen, sofern diese auf der Grundlage der jeweiligen Einkommensverteilung erfolgt und nicht auf der Übernahme staatlich sanktionierter Schwellenwerte beruht¹⁸.

Armut indiziert nach dieser Definition ein sozio-kulturelles Existenzminimum gemessen als relativen Abstand zu den im Land herrschenden Lebensbedingungen. Diese relative Armutsdefinition geht davon aus, daß das Durchschnittseinkommen ein Referenzniveau des Wohlstandes bildet, das für alle Bewohner innerhalb eines Landes gleichermaßen als Orientierung dient. Diese Voraussetzung eines einheitlichen Referenzniveaus des Wohlstandes ist jedoch unmittelbar nach der Vereinigung Deutschlands noch nicht erfüllt. Die Orientierungen und subjektive Bewertungsmaßstäbe passen sich in Ostdeutschland erst schrittweise an die neuen Gegebenheiten an.

Ausgehend von dieser Berechnungsweise ergeben sich für Westdeutschland im langjährigen Vergleich Armutsraten zwischen 10 % und 11 % (vgl. Tabelle 10). Davon leben 4 % bis 5 % der Bevölkerung in strenger Armut. Insgesamt verfügen zwischen 18 und 20 % der westdeutschen Bevölkerung über Einkommensverhältnisse im Niedrigeinkommensbereich.

Tabelle 10: Relative Einkommensarmut in Westdeutschland, 1990-1993

	1990	1991	1992	1993
40 %-Schwelle	3.9	4.3	4.4	5.1
50 %-Schwelle	10.5	10.0	10.0	11.1
60 %-Schwelle	18.5	18.0	18.6	19.7

¹ Armutsschwellenwert in % des Durchschnittseinkommens.

Datenbasis: SOEP, 1990-1992 (jeweils aktueller Gebietsstand).

Für Ostdeutschland ergeben sich unterschiedliche Schwellenwerte je nachdem, ob ostdeutsche oder westdeutsche Einkommensverteilungen zugrundegelegt werden. Die daraus ableitbaren Armutsraten differieren erheblich bei gegenläufigen Entwicklungstrends. Geht man von einer westdeutschen Betrachtungsweise aus, ergeben sich aufgrund des großen Einkommensgefälles im Jahr 1990 und des Einkommensanstiegs bis 1993 sinkende Armutsraten in Ostdeutschland, ausgehend von einem hohen Einkommensniveau. Geht man hingegen ausschließlich von der ostdeutschen Einkommensverteilung aus, so ergeben sich steigende Armutsraten, ausgehend von einem sehr niedrigen Armutsniveau. Beide Betrachtungsweisen illustrieren die Komplexität der Armutsentwicklung im ostdeutschen Transformationsprozeß (vgl. Tabelle 11).

¹⁸ Ein solches Verfahren hat den Nachteil, daß eine staatlich angeordnete Verringerung der Schwellenwerte auch zur Verringerung der berechneten Armutsquoten führt. Auf diese Weise lassen sich mögliche sozial-staatliche Leistungsdefizite nicht erfassen.

Tabelle 11: Relative Einkommensarmut in Ostdeutschland, 1990-1993

	1990	1991	1992	1993
nach dem ostdeutschen Durchschnittseinkommen				
40 %-Schwelle	0.8	2.4	2.3	3.0
50 %-Schwelle	3.5	4.3	6.1	6.3
60 %-Schwelle	8.6	9.4	10.8	11.8
nach dem subjektiven erwarteten Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland ¹⁾				
40 %-Schwelle	1.2	3.4	4.1	3.9
50 %-Schwelle	3.9	6.5	8.4	8.5
60 %-Schwelle	10.7	16.0	17.2	16.7
nach dem westdeutschen Durchschnittseinkommen (Kaufkraftbereinigt)				
40 %-Schwelle	9.9	8.3	7.9	7.0
50 %-Schwelle	26.7	20.5	17.6	16.0
60 %-Schwelle	45.6	38.2	31.7	28.9
nach dem westdeutschen Durchschnittseinkommen (nominal)				
40 %-Schwelle	39.8	22.7	14.8	10.5
50 %-Schwelle	65.0	48.0	30.2	23.9
60 %-Schwelle	83.5	70.7	51.3	40.7

- 1) Die durchschnittliche Zufriedenheitsbewertung der Einkommen lag in Westdeutschland vor der Vereinigung konstant bei 6,5. Die subjektiven erwarteten Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland sind die Einkommenswerte, die dieser durchschnittlichen Zufriedenheitsbewertung in Westdeutschland entsprechen.

Datenbasis: SOEP, 1990-1993.

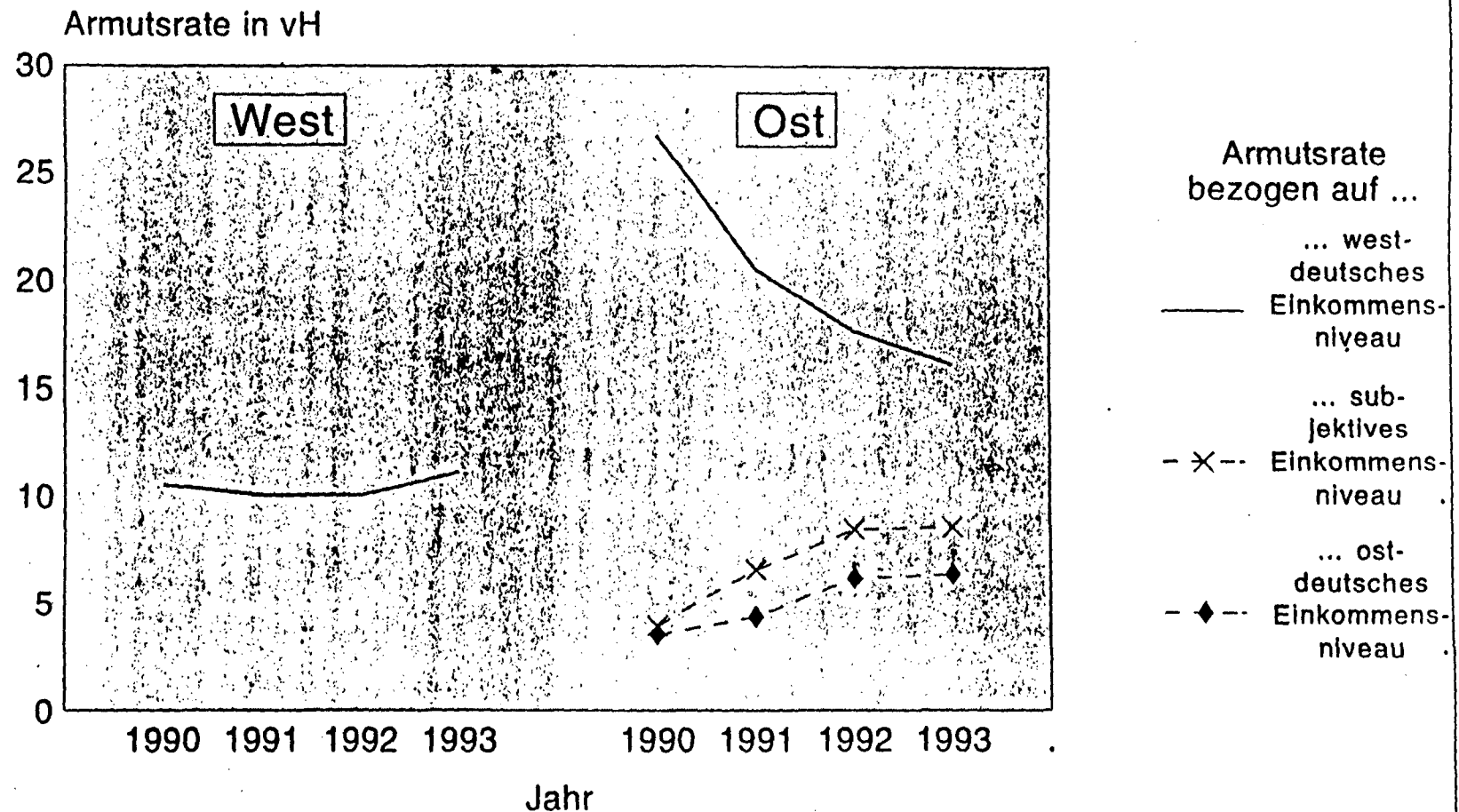
Gemessen am ostdeutschen Einkommensdurchschnitt haben sich die Armutsraten in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1992 von 3,5 % auf 6,1 % erhöht; bis 1993 erfolgt keine weitere Zunahme. Bei dieser Berechnungsweise wird Ostdeutschland gewissermaßen als eigenes Land betrachtet und die Orientierung am westdeutschen Wohlstandsniveau wird vernachlässigt. Legt man anstelle des empirischen Durchschnittseinkommens das im Zuge der schrittweisen Angleichung der Lebensverhältnisse subjektiv erwartete Durchschnittseinkommen der Armutsberechnung zugrunde, so ergibt sich ein Anstieg der Armutsquoten von 3,9 % im Jahre 1990 auf 8,4 % im Jahre 1992. Bis 1993 erfolgt auch nach dieser Berechnungsweise keine weitere Zunahme des Armutsumfanges. Diese Berechnungsweise gibt den in der Bevölkerung wahrgenommenen Armutsumfang wieder.

Geht man von westdeutschen Durchschnittseinkommen aus, so ergeben sich aufgrund des Abbaus der Einkommensunterschiede nach Berücksichtigung von Kaufkraftparitäten kontinuierlich rückläufige Armutsquoten von 26,7 % im Jahr 1990 auf 16,0 % im Jahr 1993; bei nominaler Betrachtungsweise sinken die Armutsraten im selben Zeitraum von 65,0 % auf 23,9 %. Diese Berechnungsweise indiziert den sozialpolitisch bedeutsamen Umfang der Armutspopulation, sofern in West- und Ostdeutschland dieselben Mindesteinkommen zugrundegelegt werden, ohne die westdeutschen Mindeststandards zur Bekämpfung von Armut nach unten zu korrigieren¹⁹.

19 Dies würde beispielsweise geschehen, wenn anstelle der westdeutschen Durchschnittseinkommen gesamtdeutsche Einkommensmittelwerte der Armutsberechnung zugrundegelegt werden.

Schaubild 2

Armutsraten im vereinigten Deutschland 1990 bis 1993



Die Armutsentwicklungen lassen sich im vereinten Deutschland demnach wie folgt zusammenfassen (vgl. Schaubild 2). In Westdeutschland lebten zwischen 1990 und 1992 etwa 10 % der Bevölkerung in Haushalten mit verfügbarem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. In Ostdeutschland muß bei der Bestimmung der Armutsquoten zwischen der in Ostdeutschland subjektiv wahrgenommenen Armutspopulation und der darüber hinaus sozialpolitisch bedeutsamen, auf Wohlstandsunterschiede zu Westdeutschland zurückzuführende Armutspopulation unterschieden werden. Die Armutsraten setzen sich 1993 in Ostdeutschland demnach wie folgt zusammen (vgl. Tabelle 12): 6,3 % der ostdeutschen Einkommensarmut gehen auf die Einkommensverteilung in Ostdeutschland zurück; weitere 2,2 % der Bevölkerung leben in Armut aufgrund des veränderten Anspruchsniveaus und der schrittweisen Übernahme westdeutscher Wohlfahrtsstandards. Der wahrgenommene Armutsumfang in Ostdeutschland liegt somit im Jahr 1993 bei 8,5 % und hat damit nahezu dasselbe Niveau wie in Westdeutschland. Weitere 7,5 % der Bevölkerung leben in Einkommensverhältnissen, die gemessen an westdeutschen Standards als arm zu bezeichnen sind. Der sozialpolitisch bedeutsame Armutsumfang liegt damit insgesamt in Ostdeutschland 1993 bei 16,0 % der Bevölkerung.

Tabelle 12: Struktur der Armut in Ostdeutschland 1993

6,3 %-Punkte	Armutsumfang, bei alleiniger Berücksichtigung der nominalen verfügbaren <u>Einkommen in Ostdeutschland</u>
+2,2 %-Punkte	Zusätzlicher Armutsumfang, durch <u>Orientierung am westlichen Einkommensniveau</u>
+7,5 %-Punkte	Zusätzlicher Armutsumfang, durch geringere Einkommen im Vergleich zum <u>westdeutschen Durchschnitt</u>
= 16,0 %	Armutsrate insgesamt

Datenbasis: SOEP, 1990-1993.

5 Fazit

Die Problematik einer vergleichbaren Armutsberechnung in Ost- und Westdeutschland offenbart die Bedeutung der subjektiven Dimension der Armut. Durch steigenden materiellen Wohlstand allein kann Armut nicht überwunden werden. Armut ist zum einen materielle Deprivation im Sinne der gesellschaftsbezogenen Mindestversorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnung. Armut ist aber auch Ausgrenzung und Verhinderung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Bekämpfung von Armut in einer Wohlstandsgesellschaft heißt somit nicht nur die Bereitstellung ausreichender materieller Ressourcen, sondern auch die Gewährleistung der Handlungskompetenz einer Person und das Schützen gesellschaftlicher Lebensformen, die genügend Gestaltungsspielraum zur freien Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen.

Erst wenn es in einer Gesellschaft keine Deprivation im materiellen, sozialen und intraindividuellen Sinne mehr gibt, die auf eine unzureichende materielle Versorgung mit den zum Leben in einer Gesellschaft erforderlichen Gütern zurückzuführen ist, ist Armut überwunden.

Anhang 1:

Berechnung von Äquivalenzeinkommen

Um Bedarfsunterschiede und Kostenvorteile bei Haushalten unterschiedlicher Größe auszugleichen, werden diese Einkommensangaben weiter in sogenannte Äquivalenzeinkommen umgerechnet. Das Ausgangsproblem läßt sich anhand folgender Frage illustrieren: Welches Einkommen eines Familienhaushaltes mit zwei Kindern ist wohlstandsäquivalent zu dem Einkommen eines Einpersonenhaushalts von 1000 DM? Wird als Einkommensbedarf eines Haushaltes, unabhängig von seiner Zusammensetzung, ein absoluter Einkommensbetrag festgelegt, so wäre die Antwort: ebenfalls 1000 DM, d.h., der Mehrbedarf für jede weitere Person im Haushalt hätte den Faktor (das Bedarfsgewicht) 0. Wird anstelle des absoluten Einkommensbetrags das Pro-Kopf-Einkommen zugrunde gelegt, so erhielte der Mehrbedarf für jede weitere Person im Haushalt den Faktor 1; das wohlstandsäquivalente Einkommen eines vierköpfigen Familienhaushalts, verglichen mit dem Einpersonenhaushalt von 1000 DM, läge dann bei 4000 DM. Pro-Kopf-Einkommen und absoluter Einkommensbetrag sind die beiden Extrempunkte, zwischen denen das "reale Wohlstandsäquivalent" anzusiedeln ist²⁰. Der Mehrbedarf variiert in Abhängigkeit vom Alter der Person gemäß der bundesdeutschen Sozialhilferegelung (Tabelle A1).

Tabelle A1: Bedarfsgewichte, differenziert nach Altersgruppen gemäß BSHG-Regelung ...

bis 1990		ab 1990	
Haushaltsvorstand			
1.00		1.00	
alle weiteren Haushaltsmitglieder im Alter von ...			
0 bis 7 Jahre	0.45	0 bis 7 Jahre	0.50
8 bis 11 Jahre	0.65	8 bis 14 Jahre	0.65
12 bis 15 Jahre	0.75	15 bis 18 Jahre	0.90
16 bis 21 Jahre	0.90	über 18 Jahre	0.80
über 21 Jahre	0.80	EE-HH, 0-7 Jahre	0.05*
* Zuschlag bei Ein-Eltern-Haushalten			

* Zuschlag bei Ein-Eltern-Haushalten

Die altersspezifischen Bedarfssätze wurden 1990 überarbeitet. Dabei wurden auch die Altersgruppen neu bestimmt sowie ein Sonderzuschlag für Kleinkinder bei Ein-Eltern-Haushalten eingeführt.

Das wohlstandsäquivalente Einkommen eines vierköpfigen Familienhaushaltes mit zwei Kindern unter 7 Jahren liegt demnach - verglichen mit dem Einkommen eines Einpersonenhaushaltes von 1000 DM nach der Regelung bis 1990 bei 2700 DM ($=1000 \times [1 + 0.8 + 0.45 + 0.45]$) und nach der Regelung seit 1990 bei 2800 DM ($=1000 \times [1 + 0.8 + 0.50 + 0.50]$).

Das allgemeine Äquivalenzeinkommen wird berechnet, indem die absoluten Einkommen durch die Summe der personellen Bedarfsgewichte dividiert werden. Als Ergebnis erhält man ein unter Bedarfsgesichtspunkten erweitertes Pro-Kopf-Einkommen. Dieses Einkommen gibt das wohlstandsäquivalente Einkommensniveau aller Haushaltsmitglieder an und ist Grundlage für die Ableitung einer Armutsgrenze unter Berücksichtigung der gesamten Einkommensverteilung bei unterschiedlichen Haushaltszusammensetzungen.

20 Vgl. Brigitte Buhmann u.a., Equivalence Scale, Well-Being, Inequality and Poverty: Sensitivity Estimates Across Ten Countries Using The Luxembourg Income Study (LIS) Database, in: Review of Income and Wealth, 34 (1988) 2, S. 115-142.

Anhang 2:

Fortschreibung von Kaufkraftparitäten

Die Berechnung von Kaufkraftparitäten ist notwendig, um Einkommensvergleiche bei Gebieten mit unterschiedlichen Preisrelationen und Verbrauchsgewohnheiten durchzuführen²¹.

Kaufkraftuntersuchungen sind enorm aufwendig; von Seiten des Statistischen Bundesamtes werden derzeit noch keine vergleichende Berechnungen für West- und Ostdeutschland veröffentlicht. Hier werden deshalb Berechnungen des DIW für das erste Quartal 1991 zugrunde gelegt²² (Tabelle A2).

Tabelle A2: Verbrauchergeldparitäten in Ost- und Westdeutschland, 1. Quartal 1991, (nach Berechnungen des DIW und IAW).

Relative Kaufkraft ¹	nach Verbrauchsstruktur...		
	West	Ost	Insgesamt ²
Rentner-HH	134	140	137
Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen	125	134	129
Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen	125	133	129

1 Die Zahlen geben die Kaufkraft der DM in den neuen im Verhältnis zur Kaufkraft der DM in den alten Bundesländern an.

2 Geometrisches Mittel bei Kreuzung der regionsspezifischen Warenkörbe (Fisher-Index).

Quelle: DIW-Wochenbericht Nr.29, 1991.

Überschlägig ergeben sich daraus unter Berücksichtigung der demographischen Verteilung der Haushaltstypen für die Gesamtbevölkerung durchschnittlich Kaufkraftparitäten von ca. 130,5²³.

Nach Abbau von Subventionen und langsamer Anpassung des Preisgefüges verringerten sich die Kaufkraftunterschiede bis zum letzten Quartal 1991 nach Abschätzung des DIW auf durchschnittlich ca. 113,5 (Arbeitnehmerhaushalte: 113, Rentnerhaushalte: 115); diese Preisrelation blieb in etwa im Laufe des Jahres 1992 erhalten²⁴.

Die Fortschreibung der für das 1. Quartal 1991²⁵ ermittelten Kaufkraftunterschiede erfolgt in drei Schritten²⁶:

- (1) Erfassung der Veränderung der Preisindizes für die Lebenshaltung für West- und Ostdeutschland;
- (2) Fortschreibung der Kaufkraftunterschiede mittels der unterschiedlichen Entwicklung der Lebenshaltungskosten.
- (3) Übertragung der Kaufkraftverhältnisse auf die Erhebungszeitpunkte.

21 Zur Problematik der Vergleichbarkeit der verfügbaren Einkommen zwischen Ost- und Westdeutschland vgl. Hauser et al., 1992; Eine umfassende Abschätzung der vergleichbaren Einkommensentwicklung in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik zwischen 1970 und 1985 findet sich in: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, 1987.

22 Bedau et al., 1992; DIW, 1991.

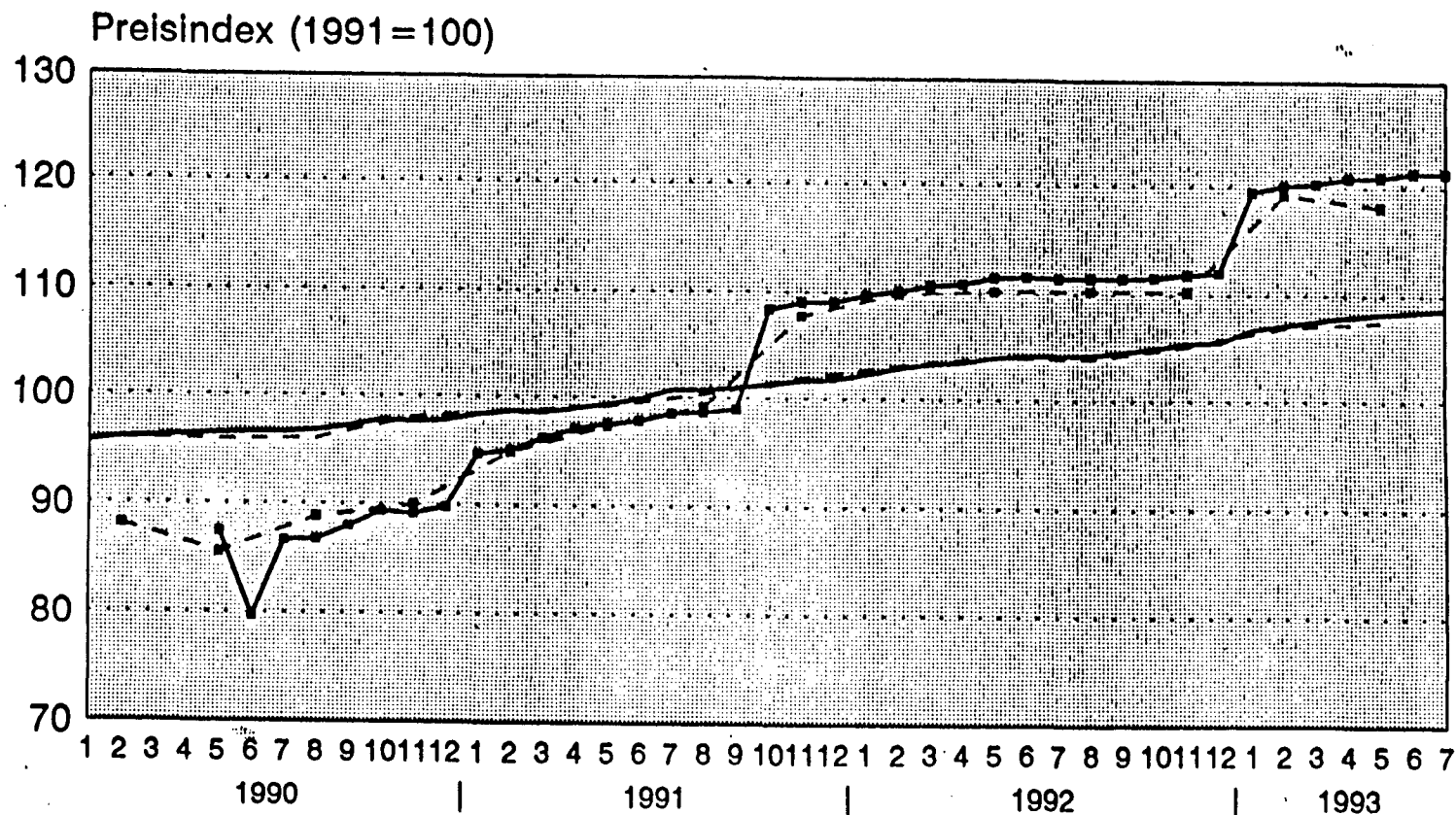
23 Es handelt sich hierbei um einen Schätzwert.

24 DIW (Jochen Schmidt), 1992.

25 Die Abschätzungen für das 4. Quartal 1991 werden lediglich zu Vergleichszwecken herangezogen.

26 Diese Vorgehensweise wurde gemeinsam mit Rudolf Martens, Der Paritätische Wohlfahrtsverband/ Frankfurt am Main entworfen.

Preisindizes für die Lebenshaltung und den Privaten Verbrauch in West- und Ostdeutschland



— Lebenshaltung West — Lebenshaltung Ost - Priv. Verbrauch West - Priv. Verbrauch Ost

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung amtlicher Statistiken und der VGR des DIW.

Preisindizes für West- und Ostdeutschland

Die vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen Preisindizes für die Lebenshaltung wurden für Ost- und Westdeutschland auf das Basisjahr 1991 (Jahresdurchschnitt) umgerechnet²⁷.

Zur Validierung der Ergebnisse werden alternativ Berechnungen auf Basis der Preisindizes des privaten Verbrauchs durchgeführt²⁸. Diese gehen im Unterschied zu den Preisindizes für Lebenshaltung nicht von einer fest vorgegebenen Produktpalette aus, sondern beziehen Veränderungen im Verbrauchsverhalten ein (Schaubild A1).

Beide Preisindizes zeigen einen nahezu kongruenten Verlauf. In Westdeutschland sind jeweils langsame und kontinuierliche Preissteigerungen zu beobachten. In Ostdeutschland sind die Preissteigerungen weitaus höher und diskontinuierlich. Besonders deutlich treten hier die sprunghaften Anstiege der Mietkosten am 1. Oktober 1991 und am 1. Januar 1993 zutage.

Umrechnung der Kaufkraftparitäten

Die unterschiedliche Entwicklung der Preisindizes in Ost- und Westdeutschland wird nun zur Fortschreibung der Kaufkraftparitäten herangezogen. Wir gehen dabei davon aus, daß die Kaufkraftverhältnisse sich im umgekehrten Verhältnis zur Entwicklung der Preisindizes verändern. Mit anderen Worten: In dem Maße, wie die Preisindizes in Ostdeutschland stärker steigen als in Westdeutschland, verringern sich die ermittelten Kaufkraftunterschiede:

Formel (zur Fortschreibung der Kaufkraftparitäten)

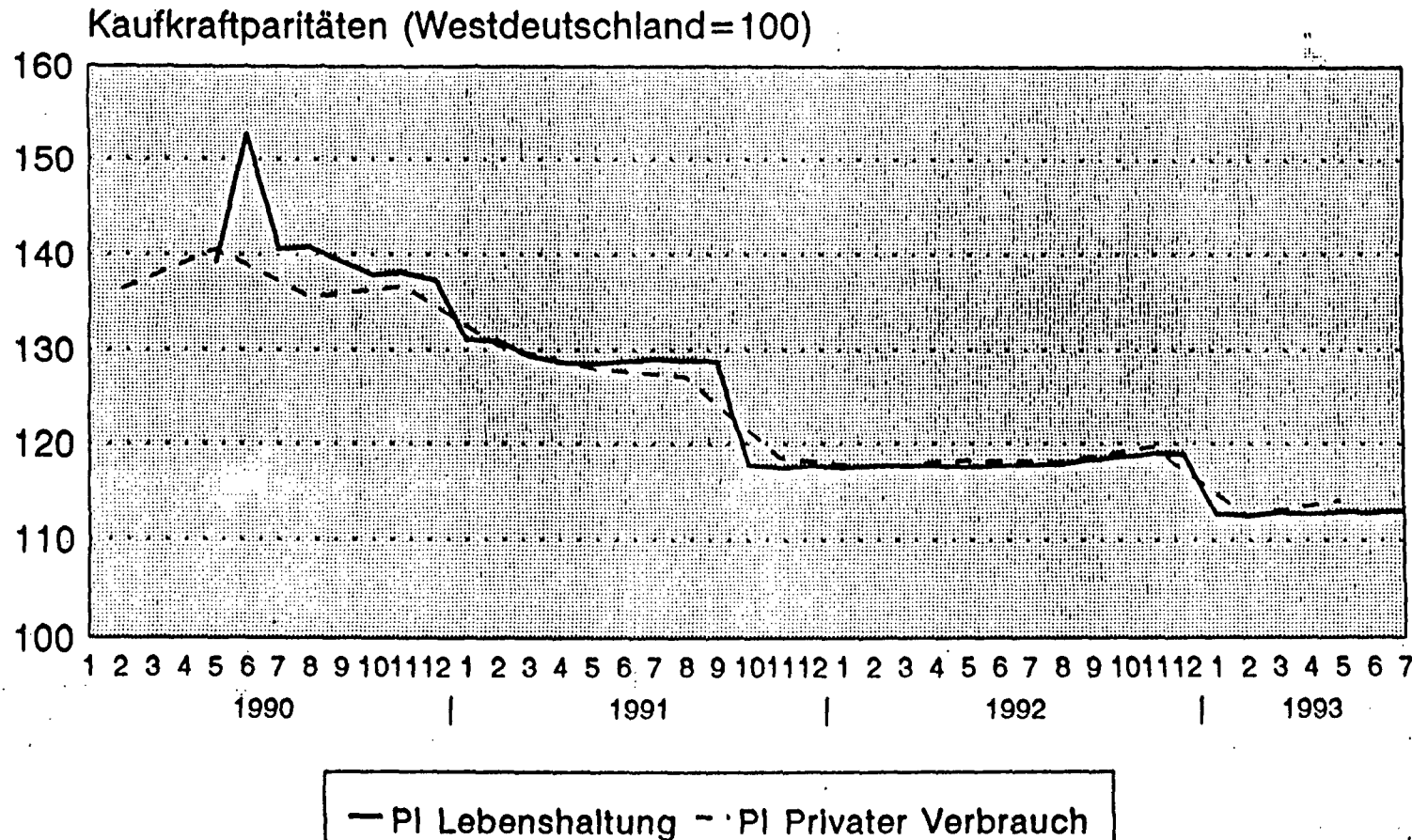
$$\frac{KKO_{t_1}}{KKW_{t_1}} = \frac{KKO_{t_0} * (PO_{t_0}/PO_{t_1})}{KKW_{t_0} * (PW_{t_0}/PW_{t_1})}$$

- KKO = Kaufkraft Ost.
 KKW = Kaufkraft West (≈ 1.00).
 PO = Preisindex Ost.
 PW = Preisindex West.
 t_0 = Zeitpunkt der Kaufkraftvergleiche;
 (1. Quartal 1991 bzw. 4. Quartal 1991).
 t_1 = Zeitpunkt der Fortschreibung.

27 Die Preisindizes für die Lebenshaltung werden regelmäßig im Tabellenanhang von "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht. Für Ostdeutschland wurde ausschließlich revidierte Berechnungen bezogen auf den Warenkorb 2. Halbjahr 1990/ 1. Halbjahr 1991 zugrunde gelegt.

28 Die Preisindizes für den privaten Verbrauch werden vierteljährlich im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) des DIW ausgewiesen. Hier wurden jeweils die Ursprungswerte (ohne Saisonbereinigung) berücksichtigt. Diese wurden analog auf das Basisjahr 1991 (Jahresdurchschnitt) umgerechnet (DIW, 1993a,b).

Kaufkraftparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland Fortschreibung unter Verwendung verschiedener Preisindizes (PI)



Basis: Kaufkraft 1. Quartal 1991 = 130,5

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung amtlicher Statistiken und der VGR des DIW.

Im Ergebnis dokumentieren beide Kurven in Schaubild A2 den seit Beginn 1990 erfolgten stufenweisen Subventionsabbau in Ostdeutschland²⁹. Die Entwicklungen auf Basis der Preisindizes des privaten Verbrauchs sind tendenziell etwas flacher, als die auf Basis der Preisindizes für Lebenshaltung. Dies ist durchaus plausibel, wenn man davon ausgeht, daß bei niedrigerem Einkommensniveau bestehende Preisvorteile in Ostdeutschland eher genutzt werden und insofern sich die Verbrauchsgewohnheiten durchaus von denen in Westdeutschland unterscheiden³⁰. Insgesamt zeigen alle Kurven jedoch ein hohes Maß an Übereinstimmung.

²⁹ Die Fortschreibung auf Basis der Kaufkraftverhältnisse im 4. Quartal 1991 sind in Schaubild 3 nicht ausgewiesen. Sie liegen jeweils parallel verschoben nur geringfügig unter denen des 1. Quartals.

³⁰ Ergänzend kommt hinzu, daß alle handelbaren Güter bei den Kaufkraftberechnungen im Verhältnis 1:1 eingingen. Dies entspricht sicherlich eher einer Überschätzung der Ausgaben für private Dienste (Friseur etc; Restaurant) und auch für eine Reihe von Handelswaren (Sonderangebote in strukturschwachen Gebieten) im Vergleich zu Westdeutschland.

Literaturverzeichnis

- Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) (1993): Arbeitsstatistik 1992 - Jahreszahlen. Jg. 41. Nürnberg.
- Andreß, Hans-Jürgen (1991): Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich. Antrag auf Sachbeihilfe im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms: Sozialer und politischer Wandel im Zuge der Integration der DDR-Gesellschaft, Universität Bielefeld.
- Andreß, Hans-Jürgen; Götdecke-Stellmann, Jürgen; Lipsmeier, Gero; Salentin, Kurt; Strengmann-Kuhn, Wolfgang (1993): Versorgungsstrategien privater Haushalte im unteren Einkommensbereich, Zwischenbericht des DFG-Projektes. Universität Bielefeld.
- Arbeitsgruppe Armut und Unterversorgung (1992): Armut und Unterversorgung in den neuen Bundesländern. Fachpolitische Stellungnahme '92. (Manuskript).
- Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für die Bundesrepublik Deutschland 1989: "... wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land ...". In: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 11+12.
- Bane, Mary Jo; Ellwood, David T. (1986): Slipping into and out of Poverty: The Dynamics of Spells. In: Journal of Human Resources, Heft 12, S. 1-23.
- Bedau, Klaus-Dietrich, Jürgen Boje, Doris Gladisch, Ruth Grunert, Jochen Schmidt, Heinz Vortmann 1992: Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern. In: Beiträge zur Strukturforchung, Heft 126, Berlin, Duncker & Humblot.
- Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales Freie und Hansestadt Hamburg - Landessozialamt - (Hg.) (1993): Armut in Hamburg. Beiträge zur Sozialberichterstattung. Bearbeitet von Margarethe von Fintel und Ulrich Hußing, Hamburg.
- Berntsen, Roland, Ulrich Rendtel 1991: Zur Stabilität von Einkommensarmut im Längsschnitt. In: Rendtel, Ulrich, Gert Wagner (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt/Main, New York, Campus.
- Buhmann, Brigitte; Rainwater, Lee; Schmaus, Guenther; Smeeding, Timothy M. (1988): Equivalence Scales, Well-Being, Inequality, and Poverty: Sensitivity Estimates Across Ten Countries Using The Luxembourg Income Study (LIS) Database. In: Review of Income and Wealth, Jg. 34, Heft 2, S. 115-142.
- Buhr, Petra; Leisering, Lutz; Ludwig, Monika; Zwick, Michael (1991): Armutspolitik und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten. In: Blanke, Bernhard; Wollmann, Helmut (Hg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel. Leviathan, Sonderheft 12, Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 502-546.
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Leibfried, Stephan (1990): Armutspolitik im Blindflug - Zur Notwendigkeit einer Erweiterung der Armutsberichterstattung. In: Döring, Dieter; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hg.): Armut im Wohlfahrtsstaat, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Leibfried, Stephan (1992): Sind wir auf dem Weg zu einer verbesserten Armutsberichterstattung? Anmerkungen zur geplanten Reform der Sozialhilfestatistik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Jg. 72, S. 215-221.
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (1987): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. Bonn, Universitäts-Buchdruckerei.
- Busch-Geertsema, Volker, Ekke-Ulf Ruhstrat 1992: Kein Schattendasein für Langzeitarmer! In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Heft 11.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (1991): Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 58, Heft 29. Berlin.

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1992): Kaufkraftunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Bearbeitet von Jochen Schmidt. Manuskript, Berlin.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1993): Sozialprodukt und Einkommenskreislauf I/1989 bis II/1993, Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz (Projektleitung), Helmut Klatt, Sylvia Girod Berlin.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1993): Lange Reihen der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgewählte Ursprungswerte und saisonbereinigte Daten von I/1980 bis II/1993. Berlin.
- Döring, Dieter; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hg.) (1990): Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Duan, Naihua (1983): Smearing Estimate: A Nonparametric Retransformation Method. In: Journal of the American Statistical Association, Jg. 78, Heft 383, S. 605-610.
- Duncan, Greg J.; Voges, Wolfgang; Hauser, Richard et al. (1992): Armuts- und Sozialhilfedynamiken in Europa und Nordamerika. ZeS-Arbeitspapier Nr. 12/92, Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.
- Die Europäische Gemeinschaft im Kampf gegen die Armut (1987): . In: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 9, S. 620-628.
- Frick, Joachim; Hauser, Richard; Müller, Klaus; Wagner, Gert; (1993): Die Auswirkungen der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland auf die personelle Einkommensverteilung. In: Neubäumer, Renate (Hg.): Arbeitsmarktpolitik kontrovers. Analysen und Konzepte für Ostdeutschland, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 224-228.
- Frick, Joachim; Lahmann, Herbert (1993): Aktuelle Tendenzen der Wohnkosten und der Wohnungsmodernisierung bei ostdeutschen Privathaushalten. In: DIW-Wochenbericht, Berlin, Jg. 60, Heft 20, S. 287-291.
- Frick, Joachim (1993): Demographische Ereignisse im Haushaltskontext als Determinanten räumlicher Mobilität. In: DIW-Diskussionspapier Nr. 63, Berlin.
- Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hg.) (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt/Main: Campus.
- Habich, Roland; Headey, Bruce; Krause, Peter (1991): Armut im Reichtum - Ist die Bundesrepublik Deutschland eine Zwei-Drittel-Gesellschaft?. In: Rendtel, Ulrich, Gert Wagner (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984. Frankfurt/Main, New York, Campus.
- Habich, Roland; Krause, Peter (1992): Niedrigeinkommen und Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 1992, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.
- Habich, Roland; Noll, Heinz-Herbert (1993): Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung. Internationale Erfahrungen und gegenwärtiger Forschungsstand. Expertise für das Bundesamt für Statistik, Bern, Schweiz, Berlin und Mannheim.
- Hanesch, Walter; Martens, Rudolf; Schneider, Ulrich; Rentzsch, Doris; Schubert, Ursula; Wißkirchen, Martin (1993): Gemeinsamer Armutsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung. Zwischenbericht zum Projekt "Armut in den neuen Bundesländern". Frankfurt am Main.
- Hanesch, Walter et al. (1994): Armut in Deutschland. Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Rowohlt.
- Hartmann, Helmut 1981: Sozialhilfebedürftigkeit und "Dunkelziffer der Armut". Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 98, Stuttgart u.a.O., Kohlhammer.

- Hauser, Richard; Cremer-Schäfer, Helga; Nouvertne, Udo (1981): Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Bestandsaufnahmen und sozialpolitische Perspektiven, Frankfurt/Main: Campus.
- Hauser, Richard; Müller, Klaus; Wagner, Gert; Frick, Joachim (1991): Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern. In: Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren der DGS "Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung" am 2. - 3. Dezember 1991 (Manuskript), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Hauser, Richard; Neumann, Udo (1992): Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hauser, Richard; Hübinger, Werner (1993): Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armutsuntersuchung, Herausgegeben vom Deutschen Caritasverband. Freiburg im Breisgau, Lambertus.
- Hauser, Richard; Hübinger, Werner (1993): Arme unter uns. Teil 2: Dokumentation der Erhebungsmethoden und der Instrumente der Caritas-Armutsuntersuchung, Herausgegeben vom Deutschen Caritasverband. Freiburg im Breisgau, Lambertus.
- Headey, Bruce; Habich, Roland; Krause, Peter (1990): The Duration and Extent of Poverty - Is Germany a Two-Thirds-Society? WZB-Paper P 90 - 103, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Headey, Bruce; Krause, Peter; Habich, Roland (1991): The Two-Thirds-Society: - Social Fact or Fiction? - DIW -Discussion Paper No. 38, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.
- Headey, Bruce; Krause, Peter; Habich, Roland (1993): East Germany: Rising Incomes, Unchanged Inequality and the Impact of Redistributive Government 1990-92. DIW-Discussion Paper No. 72, Berlin.
- Heckman, J. J. (1979): Sample Selection Bias as a Specification Error. In: *Econometrica*, Jg. 47, S. 153-161.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften - Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Soziale Angelegenheiten (Hg.) (1993): Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland. Arbeitsmarktentwicklungen und Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Heft 8.
- Krause, Peter (1992): Einkommensarmut in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*, B 49, Bonn.
- Krause, Peter (1993): Einkommensarmut im vereinigten Deutschland. Diskussionspapier Nr. 93-09 aus der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.
- Krause, Peter (1993): Einkommensarmut in Ostdeutschland nimmt nicht mehr zu. In: *DIW-Wochenbericht*, Jg. 60, Heft 51-52, S. 750-752, Berlin.
- Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hg.) (1992): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, Westdeutscher Verlag.